

Nach dem Nein zu «Zämme besser»

# Gewerbefreundliche Umsetzung des Gegenvorschlags im Fokus

**Die Initiativen «Zämme fahre mir besser!» und «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» wurden von einer breiten Allianz von Parteien, Wirtschaftsverbänden und Organisationen unterstützt. Trotzdem sprach sich eine Mehrheit der Stimmbevölkerung am 9. Februar dagegen aus. Der Gewerbeverband Basel-Stadt wird auf die Einhaltung der gemachten Zugeständnisse achten und auf eine wirtschaftsverträgliche Umsetzung des Gegenvorschlags pochen.**

Die Mehrheit der Stimmbevölkerung Basel-Stadt hat sich gegen die beiden Zämme besser-Initiativen ausgesprochen. Das ist eine Enttäuschung. Leider hatte die Strategie der Gegner, der Initiative «Zämme fahre mir besser!» einen Pseudo-Gegenvorschlag gegenüberzustellen, Erfolg. Dieser wurde knapp angenommen.

## Gewerbeverträgliche Umsetzung

Die Befürworterinnen und Befürworter hatten im Abstimmungskampf stets betont, dass der Gegenvorschlag keine massiven Einschränkungen und einschneidenden Massnahmen zur Folge hätte. Und dass der Gewerbeverkehr nicht betroffen sei. Bei der Umsetzung müssen nun diese Versprechungen eingehalten werden.

Insbesondere geht es darum, dass der Privatbesitz und die individuelle Nutzung von Motorfahrzeugen nicht eingeschränkt werden. «Denn die Wirtschaft kann sehr wohl bis 2050 auf Fahrzeuge mit umweltfreundlichem Antrieb umsteigen», sagt Gewerbepräsident Marcel Schweizer. «Aber ein Spenglerbetrieb kann nicht am Morgen das Auto eines Gipsergeschäfts ausleihen und dieses am Nachmittag dem Floristen weiterreichen.» Das sei nur schon aufgrund der individuellen Erfordernisse und der aufwändigen, branchenspezifischen Fahr-

zeuginstallationen unrealistisch. Marcel Schweizer: «Wir messen die Befürworter des Gegenvorschlags an den Versprechungen, dass der Wirtschaftsverkehr nicht eingeschränkt wird.»

## Zugeständnisse in Parkierungspolitik

Leider ist auch die Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» abgelehnt worden. Immerhin fand dank der Initiative eine Sensibilisierung auf das Problem der Parkplatzknappheit und die negativen Folgen für Bevölkerung und Gewerbe statt. So hat sich die SP mit zwei Vorstössen für mehr Gewerbeparkflächen und mehr Parkplätze auf privatem Grund ausgesprochen. Diese Forderungen sind zügig umzusetzen.

Es ist uns ein Anliegen, im Namen des Komitees «Zämme besser!» allen Unterstützerinnen und Unterstützern herzlich für ihr Engagement im Abstimmungskampf zu danken.

## «Spitzhacke»

KOLUMNE

## Mit Hammer und Sichel für die Lehre

«Mehr Rechte für Lernende!» So heisst eine Petition, welche die Kommunistische Jugend Basel (KJ) lanciert hat. Sie steht in der schlechten Tradition linker Jugend-Gruppierungen, die Berufslehre und die Ausbildungsbetriebe an den Pranger zu stellen. Sei das die «Unia Jugend», das «Lernendenkollektiv» oder eben die KJ. Eins ist dem «Engagement» für die Lernenden stets gemeinsam: Die Lehre wird als Hort der Ausbeutung, der sexuellen Nötigung und des Mobbing dargestellt. Am liebsten aufgrund von eigens erstellten Umfragen.

Der neueste Streich der KJ fordert nun ein «Recht auf eine feste Anstellung nach dem Abschluss der Erstausbildung». Ähm, also im Grunde ist es ja eher schräg, dass die KJ fordert, Lernende sollen an dem Ort bleiben dürfen, wo sie ausgebeutet und gemobbt werden. Aber lassen wir mal solche grundlegenden Widersprüche auf der Seite. Klartext: Mit einem Anstellungszwang würde die Anzahl Ausbildungsplätze rapide sinken, die Jugendarbeitslosigkeit zunehmen. Kann man fordern, muss man aber nicht.

Die KJ sagt: «Die Petition stiess auf grosses Interesse unter den Lernenden in Basel.» Grosses Interesse? Hmmm. Also auf der Online-Plattform haben die Petition bis jetzt (Stand: 19.2.) 25 Personen unterschrieben, davon 9 davon aus Basel. Fehlen nur noch 99 Prozent bis zum nötigen Quorum.

## Info

### MOTION

## Unterirdische Lösungen für Aeschenplatz prüfen

Der Grosse Rat hat im Januar einer Motion von SVP-Grossrat Beat Schaller zugestimmt, welche fordert, dass bei allen Verkehrsplanungen im Perimeter Aeschenplatz die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene geprüft werden soll. Um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen, sollen der moto-

risierte Individualverkehr, der öffentliche Verkehr sowie der Langsamverkehr konsequent entflochten werden. Während der MIV unterirdisch abgewickelt würde, erhalten ÖV und Langsamverkehr oberirdisch den nötigen Platz. Der Regierungsrat muss nun bis Ende April Stellung zu diesen Plänen nehmen.